

Antrag Nr. D 1 - BV CDA; BV Frauen-Union, BV Junge Union, BV KPV, BV MIT, BV OMV, BV Senioren-Union, BV EAK

Kinderarmut bekämpfen – Entscheidung für Kinder erleichtern

In Deutschland gibt es immer weniger Kinder, und von diesen Kindern leben immer mehr in Armut. Ihr Anteil hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Bezogen auf den mittleren Lebensstandard in Deutschland ist die Armutsrisikoquote von Kindern und Jugendlichen bis 15 Jahre allein zwischen 1998 und 2003 von 12,5 auf 15 Prozent gestiegen, die Armutsrisikoquote von jungen Menschen zwischen 16 und 24 Jahren sogar von 13 auf 19,1 Prozent.

Armut äußert sich nicht nur durch den Mangel an Geld, sondern bezeichnet den Mangel an Chancen, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Häufig ist Armut erst auf den zweiten Blick erkennbar: wenn Menschen ausgegrenzt werden, keine Perspektive für ihr Leben haben und sie in vielen Bereichen benachteiligt sind.

Armut ist heute jung. Kinder, die in Deutschland in Armut leben, sind häufiger krank, bewegen sich weniger, haben weniger soziale Kontakte und Freunde, leiden häufig unter Übergewicht, haben schlechtere Aussichten in ihrer schulischen und beruflichen Ausbildung, sehen häufiger Fernsehen, haben häufiger sprachliche Probleme und leiden oft unter geringerem Selbstbewusstsein. Dabei sind es besonders die ersten Lebensjahre eines Menschen, die für die zukünftigen Entwicklungs- und Entfaltungschancen maßgeblich sind. Kinder allein können sich aus diesem Teufelskreis nicht befreien. Es ist wichtig, den Kreislauf zu durchbrechen, wenn die Familie in zweiter oder gar dritter Generation von Transferleistungen lebt. Es ist das Ziel der CDU, dass kein Kind mehr in Deutschland in Armut leben muss. Wir wollen die besten Chancen für unsere Kinder. Diese schaffen wir nicht allein durch materielle Unterstützung. Wir wollen gerechte Teilhabe. Dafür wollen wir die materiellen und immateriellen Voraussetzungen schaffen.

Wenn wir von Kinderarmut sprechen, sprechen wir auch von Familienarmut. Je mehr Kinder in einer Familie sind, desto größer das Risiko, dass sie unter die Armutsgrenze fällt. Das liegt nicht primär am Geldmangel. Es sind vielmehr geringe Bildung, schlechte Ausbildungs- und Beschäftigungsperspektiven, mangelnde Teilhabe und somit schwach ausgeprägte Lebensgestaltungschancen der Eltern, die Ausdruck von Armutsrisiken für Familien sind.

Zunehmend müssen wir darüber hinaus feststellen, dass auch Menschen mit guten Schul- und Berufsqualifikationen nicht mehr selbstverständlich ihren Platz im Erwerbsleben finden. Viele junge Menschen befinden sich in der Warteschleife zum beruflichen Ein- und Aufstieg, und da sich auch viele im Erwerbsleben stehende junge Menschen mangelnder Sicherheit und einer ungewissen beruflichen Zukunft gegenübersehen, fällt häufig die Entscheidung gegen ein Leben mit einem oder mehreren Kindern. Der überwiegende Teil junger Menschen wünscht sich Kinder, aber die

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag D1 an den Bundesvorstand zu überweisen.

Verwirklichung stößt auf Hindernisse. Die CDU Deutschlands möchte die Voraussetzungen dafür verbessern, dass sich mehr Menschen für Kinder entscheiden.

Eine verantwortungsbewusste Gesellschaftspolitik hat hier also eine doppelte Aufgabe: Sie muss Familien als die Träger unserer Zukunft vor dem Abgleiten in Armut bewahren und sie muss alles dafür tun, dass Kinder, gleich welcher sozialen und ethnischen Herkunft, gerechte Entwicklungs- und Entfaltungschancen haben.

Die grundlegende Aufgabe für unsere Gesellschaft ist es, die Teilhabe- und Lebensgestaltungschancen der Menschen zu verbessern. Das bedeutet echte Chancengerechtigkeit und Durchlässigkeit im Bildungssystem statt sozialen Ausschluss. Das bedeutet auch Perspektiven und Berufschancen auf dem Arbeitsmarkt statt Aussichtslosigkeit und Frustration. Und es bedeutet gesellschaftliches Engagement und Bewusstsein für die Bedeutung gesellschaftlichen Zusammenhalts und sozialer Bindungen statt Rückzug und Vereinsamung.

I. Chancen auf ein selbstverdientes Einkommen verbessern

1. Der beste Schutz vor Armut von Familien und damit von Kindern ist die Erwerbstätigkeit der Eltern; und das geht weit über den rein wirtschaftlichen Aspekt hinaus. „Wer arbeitet, kann auch für seine Familie eher ein Vorbild sein; wer dagegen in seinem eigenen Leben keine Perspektive sieht, wird auch seinen Kindern keine Perspektive vermitteln.“ (EKD-Ratsvorsitzender Bischof Wolfgang Huber) Wir wollen durch eine auf Wachstum gerichtete Politik weiter die Voraussetzungen dafür verbessern, dass mehr Menschen einen Arbeitsplatz finden. Ziel ist die Schaffung von Beschäftigungsverhältnissen, die zu Existenz sichernden Einkommen führen und die auch so abgesichert sind, dass sie die Entscheidung zur Gründung einer Familie erleichtern.

2. Wir wollen mit ganzer Kraft weiter an besseren Voraussetzungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf arbeiten. Dafür spricht auch, dass der Schutz vor dem Abrutschen in die Armut größer ist, wenn beide Eltern über einen Arbeitsplatz verfügen bzw. wenn Alleinerziehende die Möglichkeit zur Erwerbstätigkeit haben. Dazu brauchen wir verbesserte Erziehungs- und Betreuungsangebote sowie schulische Ganztagesangebote, die in erster Linie Bildungsangebote sein müssen. Die Wirtschaft ist gefordert, durch eine familienfreundliche Arbeitszeitgestaltung etwa in Form von Arbeitszeitkonten oder Telearbeit, durch Betriebskindergärten, durch attraktive Möglichkeiten zum Wiederanstieg in den Beruf und weitere Maßnahmen die Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit noch weiter zu verbessern. Dies muss gleichermaßen für Mütter und Väter gelten.

3. Wir wollen die staatlichen Transfersysteme so ausgestalten, dass die Rahmenbedingungen für den Übergang in den 1. Arbeitsmarkt erleichtert werden. Deshalb müssen Einkommen über 400 Euro zu einem größeren Anteil als bisher beim ALG II anrechnungsfrei bleiben. Für arbeitslose Jugendliche und Geringqualifizierte wollen wir gezielte Kombilöhne einführen.

II. Familien mit Kindern finanziell besser stellen

Der Staat erbringt jährlich fast 100 Milliarden Euro an Leistungen für die Familie. Trotz dieser hohen finanziellen Zuwendungen haben viele Menschen den Eindruck, der Staat und die Gesellschaft täten für Familien zu wenig.

Kinder bedeuten einerseits familiäres Glück und sind andererseits gesellschaftlicher Reichtum. Deshalb sind wir der Auffassung, dass die soziale Absicherung von Kindern nicht nur Aufgabe der Familie sein kann, sondern auch im Interesse der Gesellschaft insgesamt liegt. Wir streben daher an, dass die soziale Absicherung der Kinder wie etwa in der Krankenversicherung stärker als bisher durch die gesamte Gesellschaft - also aus Steuermitteln - erfolgt. Die bisherige Finanzierung allein durch die Beitragszahler bezieht nicht die gesamte Gesellschaft ein und ist beschäftigungspolitisch schädlich.

1. Wir wollen die familienpolitischen Leistungen in einer Familienkasse bündeln. Die Familienkasse würde einer zielgerichteten und verbesserten Familienförderung auf den Weg helfen, und die Familien wüssten, was für sie aufgewendet wird und was ihnen zusteht. Wir wollen mehr Transparenz und Gerechtigkeit in der Familienförderung.
2. Wir wollen, dass der ermäßigte Mehrwertsteuersatz auch auf typische Kinderprodukte angewandt wird.
3. Wir wollen, dass die mit der Erziehung der Kinder erbrachte Leistung stärker in der Altersversorgung berücksichtigt wird.

III. Betreuung mit Bildung verbinden, junge Menschen zur Ausbildung befähigen

1. Mangelnde Bildung ist einer der wesentlichen Faktoren der Armut. Bildung ist der Schlüssel zur Armutsprävention. Wir wollen bessere Betreuungsangebote vom 2. Lebensjahr an, durch die insbesondere beim Spracherwerb der Bildungs- und Erziehungsauftrag bestmöglich umgesetzt werden kann. Wir wollen dabei auch gezielt Ganztagsangebote fördern. Wir setzen auf ein breites, differenziertes Angebot von Einrichtungen freier Träger und von staatlichen Einrichtungen.
2. Das letzte Kindergartenjahr vor der Schule sollte pädagogisch so angelegt werden, dass Kindern mit unterschiedlichem gesellschaftlichen und familiären Hintergrund ein möglichst gleichwertiger Start in ihre Schullaufbahn ermöglicht wird.
3. Wir wollen qualitativ hochwertige Ganztagsangebote an allen Schulformen, insbesondere in sozialen Problemzonen und in Kooperation mit Eltern, Lehrern, Vereinen, Jugendzentren und Kirchen.
4. Wir wollen alle Schülerinnen und Schüler in einem differenzierten Schulsystem begabungsgerecht fördern. Es muss der Grundsatz gelten: Kein Kind darf uns verloren gehen. Wir wollen ein durchlässiges Schulsystem, um der individuellen Entwicklung der Schüler besser Rechnung zu tragen. In der Schule müssen auch soziale und kulturelle Werte stärker vermittelt werden.
5. Wir treten ein für eine bessere Ausbildung und Qualifizierung von

Lehrern in Bezug auf ihre diagnostischen Fähigkeiten bei schulischen, sozialen, familiären und interkulturellen Problemen der Schüler. Schule und Jugendhilfe müssen besser vernetzt werden.

6. Wir setzen uns für Anstrengungen zugunsten junger Menschen ein, die Schwierigkeiten mit dem theoretischen Wissenserwerb haben - etwa in der Form von Lerngruppen mit erhöhtem Praxisbezug in der Schule. Für uns ist es wichtig, dass junge Menschen an den Übergängen von der Schule zur Ausbildung und von der Ausbildung zum Berufseinstieg mehr Unterstützungsangebote erhalten. Wir setzen uns für eine Stärkung der Hauptschule und für eine bessere Verbindung von betrieblicher Praxis und Anforderungen der Arbeitswelt ein. Es ist besonders darauf zu achten, dass wieder mehr junge Menschen Ausbildungsreife erlangen, ohne dass die gültigen Leistungskriterien abgeschwächt werden müssen. Wir unterstützen Maßnahmen wie das „Werkstattjahr“ in Nordrhein-Westfalen und die SchuB-Klassen (Schule und Betrieb) in Hessen. Dadurch wird Jugendlichen geholfen, die Schwierigkeiten beim Zugang zur Ausbildung haben.

IV. Ergänzende soziale Angebote und Gesundheitsprävention für Familien mit Kindern ausbauen

1. Wir wollen gemeinschaftliche Selbsthilfe und bürgerschaftliches Engagement in Erziehung, Bildung und Freizeitgestaltung von Kindern, die auch die ältere Generation einbezieht. Diesem Ziel können so genannte Mehrgenerationenhäuser bzw. Einrichtungen nach Vorbild der britischen „Early Excellence Centres“ dienen. Auch regionale Bündnisse gegen Kinderarmut, bei denen Schulen, Kirchen, die Wirtschaft und Ehrenamtliche kooperieren, können unterstützend wirken.

2. Wir wollen schulische und außerschulische Bildungsangebote zur Steigerung des Gesundheitsbewusstseins und gesundheitlicher Kenntnisse sowie der Förderung sportlicher Betätigung ausbauen und fordern dazu Verbände, Kirchen, Krankenkassen etc. auf, sich daran mit Aktionen zu beteiligen, wie z.B. der des Deutschen Sportbundes „Integration durch Sport“.

3. Wir wollen die Früherkennungsuntersuchungen von Kleinkindern als Bestandteil der sozialen Frühwarnsysteme obligatorisch machen, um Kinder vor Verwahrlosung und Misshandlung zu schützen, indem wir vorbeugen und Anzeichen frühzeitig erkennen. Dazu gehört auch eine bessere Vernetzung von Kindergärten, Schulen, Jugendhilfe, Jugendämtern und Polizei.

4. Wir wollen die Förderung einer gesunden Ernährung gerade von Kindern weiter verbessern. Die Auswirkungen der Einführung eines Essengeldes in Kindertagesstätten für Kinder mit sozial schwachem Hintergrund müssen überprüft werden.

5. Wir wollen ein Notfall-Telefon für Eltern in Problemsituationen einführen.

Antrag Nr. D 2 - BV CDA

Der CDU-Bundesparteitag möge beschließen:

Die CDU Deutschlands begrüßt die im Zuge der Föderalismusreform

Die Antragskommission empfiehlt die Überweisung des Antrags D 2 an die CDU/CSU Bundestagsfraktion.